

STEUERPOLITIK

IN KOOPERATION MIT  POLITIKMONITORING

Steuerpolitik 2014.45 vom 31.10.2014

→ TOP-ISSUES

EMPFEHLUNGEN DES FINANZAUSSCHUSSES DES BUNDESRATES ZUM REGIERUNGSENTWURF DES „ZOLLKODEXANPASSUNGSGESETZES“

Der bei dem Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften federführende Finanzausschuss des Bundesrates hat dem Bundesrat in der vergangenen Woche Empfehlungen zur Stellungnahme zugeleitet (zum Regierungsentwurf siehe BID Steuerpolitik 2014.40). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

GLOBALES FORUM IN BERLIN: AUTOMATISCHER INFORMATIONSAUSTAUSCH BESCHLOSSEN

Am vergangenen Mittwoch, den 29.10.2014 haben 52 Staaten und Jurisdiktionen im Bundesministerium der Finanzen die multilaterale Vereinbarung zum automatischen steuerlichen Informationsaustausch unterzeichnet. Mit diesem Abkommen verpflichten sich die Länder, ab 2017 Daten zu Finanzkonten von Steuerpflichtigen, die in einem anderen Staat ansässig sind, an den betreffenden Staat zu übermitteln (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2014.13 und 2014.37).

Finanzinstitute müssen mit Stichtag 31.12.2015 den Altbestand ihrer Konten erfassen und ab dem 01.01.2016 bei Neukunden die steuerliche Ansässigkeit feststellen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 8](#)

NORDRHEIN-WESTFALEN WILL GRUNDERWERBSTEUER ZUM 01.01.2015 ERHÖHEN

In Nordrhein-Westfalen haben sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 28.10.2014 auf eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer verständigt. Diese soll zum 01.01.2015 von 5 auf 6,5 % steigen. Daraus erhofft man sich Mehreinnahmen von 400 Mio. Euro pro Jahr.

EU: ECOFIN-TREFFEN

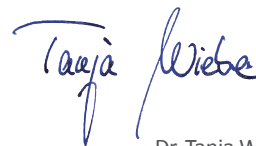
Am kommenden Freitag, den 07.11.2014 wird ein weiteres Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) stattfinden. Die Tagesordnung hierzu wird demnächst veröffentlicht.

Hintergrund: <http://goo.gl/2xpezM>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die große Meldung der Woche ist die Unterzeichnung eines Abkommens von 52 Staaten zum automatischen Informationsaustausch in Berlin. Vergleichsweise still läuft parallel das Gesetzgebungsverfahren zum Jahressteuergesetz 2014 mit dem Namen Zollkodexanpassungsgesetz. Noch sind die von den verantwortlichen Ausschüssen des Bundesrates formulierten Empfehlungen nicht in den politischen Fokus gerückt. Das wird sich ändern, denn die Wunschliste der Ausschüsse beinhaltet den einen oder anderen politischen Sprengsatz. Die Vorschläge reichen von einer Verschärfung der Regelung zur Behandlung der Erträge aus der Veräußerung von Streubesitzbeteiligungen über eine Ausweitung der Besteuerung stiller Reserven bei Einbringungstatbeständen nach §§ 20, 21 UmwStG bis hin zu einer Einschränkung des Betriebsausgabenabzugs. Die Wunschliste soll nächste Woche im Plenum des Bundesrates beraten werden. Weitere Wünsche könnten noch Berücksichtigung finden, denn Hessens Vorschläge zur Abschaffung des Lifo-Verfahrens und der Einführung einer Lizenzschranke sind bisher nicht Gegenstand der Empfehlungen. Viele der Vorschläge waren schon in früheren Verfahren vom Bundesrat vorgebracht worden, scheiterten jedoch. Auch dieses Mal wird die spannende Frage sein, wie sich die Politik positioniert.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 2 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1–13

→ OUTGOING 14

vom 25.10. bis 31.10.2014

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen: Transparenz über die Verwen-
dung geplanter Steuermehreinnahmen bis
2018

u. a.

→ BFH-URTEILE 15

vom 29.10.2014

→ BMF-SCHREIBEN 16

vom 23.10. bis 30.10.2014

→ STATUS 17–26

zum 31.10.2014

Regierungsentwurf: Gesetz zur Anpassung
der Abgabenordnung an den Zollkodex der
Union und zur Änderung weiterer steuerli-
cher Vorschriften

Regierungsentwurf: Gesetz zur Änderung der
Abgabenordnung und des Einführungsgeset-
zes zur Abgabenordnung

Gesetz über die Feststellung des Bundes-
haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015
(Haushaltsgesetz 2015)

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 27–28

vom 01.11. bis 07.11.2014

Bundestag: 63. Sitzung u. a. mit der 1. Lesung
zum Gesetz zur Änderung der Abgaben-
ordnung und des Einführungsgesetzes zur
Abgabenordnung

Bundesrat: 927. Sitzung u. a. zum Gesetz zu
dem Abkommen vom 13.02.2014 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der
Republik Costa Rica zur Vermeidung der Dop-
pelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten
Termine

BERICHT DER EU-KOMMISSION OFFENBART MEHRWERTSTEUERLÜCKE

Die EU-Kommission hat in der vergangenen Woche, am 23.10.2014, eine Fortset-
zung zu der im September 2013 veröffentlichten Studie zur Quantifizierung und
Analyse der Mehrwertsteuerlücke in den EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Der
Bericht beinhaltet Schätzungen der Mehrwertsteuerlücke in 26 EU-Mitgliedstaaten
für 2012 sowie revidierte Schätzungen für die Jahre 2009 bis 2011. Danach betra-
gen die Verluste bei den Mehrwertsteuereinnahmen im Jahr 2012 insgesamt rund
177 Mrd. Euro für 26 EU-Mitgliedstaaten. Aufgrund unzureichender Datenlage sind
Zypern und Kroatien nicht berücksichtigt worden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 9](#)

ENTWURF EINES BMF-SCHREIBENS ZUR LIFO- METHODE

Das BMF hat sich in einem Entwurf zu einem Schreiben zur Zulässigkeit der Bewer-
tung des Vorratsvermögens nach der Lifo-Methode gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2a EStG
geäußert. Danach kommen für die Anwendung der Lifo-Methode Wirtschaftsgüter
des Vorratsvermögens in Betracht, die gemäß § 266 Abs. 2 lit. B I. HGB zu den Roh-,
Hilfs- und Betriebsstoffen, den unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Waren
zählen. Die in § 6 Abs. 1 Nr. 2a EStG normierte Voraussetzung, wonach die Lifo-
Methode im Einklang mit den GoB stehen müsse, sei dann erfüllt, wenn die Bewer-
tung des Vorratsvermögens nach dem auf die betriebsindividuellen Verhältnisse
ausgerichteten Wirtschaftlichkeits- und Wesentlichkeitsgrundsatz zu einer Bewer-
tungsvereinfachung führe. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 11](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH-URTEILE ZUR ANWENDUNG DES RABATTFREIBETRAGS UND ZUR GEWERBESTEUERLICHEN HINZURECHNUNG VON BETEILIGUNGSENTGELTEN

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 12](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice.
FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem
Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller
Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur
Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse
des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis
eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institu-
tionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertre-
tung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de



BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 -30



PROBEABONNEMENT

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BID.AG

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die beiden kommenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter www.monitoring.tagesspiegel.de

REDAKTION

Für Fragen steht Ihnen die Chefin vom Dienst zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.290 21 11 4 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -20

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -23

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -21

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Der Tagesspiegel
Redaktion Berliner Informationsdienst
Askanischer Platz 3
10963 Berlin
monitoring.tagesspiegel.de